macht, ganz zu schweigen von dem Einwand der technischen Undurchführbarkeit, an die einfach nicht geglaubt wird. In letzter Hinsicht sagt man nicht ganz mit Unrecht: gerade weil die Sache schwierig ist, müssen wir sie machen, denn Berlin ist der Schauplatz der größten Fortschritte der elektrischen Beleuchtung gewesen. Wahrscheinlich unbegründet, aber charakteristisch für das in Berlin um sich greifende sozusagen Wiener Mißtrauen ist die ungeschminkt öffentlich ausgesprochene Vermuthung, der Widerstand gegen die Beleuchtung der Ausstellungsräume wurzele in der Rücksichtnahme auf die Interessen der Restaurateure, die im Rayon der Ausstellung ihr Geschäft betreiben werden. Eins ist gewiß: schön und respecteinflößend ist dieser Streit ebensowenig, wie derjenige, der s. Z. wegen der Wahl des Ausstellungsplatzes getobt hat. Man hat hier abermals den Beweis, daß der Geist des Freisinns, der sich dreißig Jahre hindurch der Berliner Bevölkerung mit immer wachsender Herrschsucht aufgedrängt hat, den Gesichtskreis verengt und die Thatkraft gemindert hat. Dies führt zu der zweiten Angelegenheit, die Berlin bewegt, den Stadtverordneten- und Stadtrathswahlen. Die Letzteren sind von der in ihrer erdrückenden Mehrheit freisinnigen Stadtverordnetenversammlung zu vollziehen, und in dieser gilt als leitende Gewohnheit, daß Niemand an der Stadtverwaltung betheiligt sein darf, der nicht auf den Freisinn eingeschworen ist. Wer aus älterer, besserer Zeit noch da ist, der muß, insofern das Gesetz nicht entgegensteht, „heraus". Augenblicklich ist dies Schicksal einem nationalliberalen unbesoldeten Stadtrath zugedacht, der seit 18 Jahren dieses Amt ohne Tadel verwaltet. Er folgt einem Collegen, dem vor Kurzem das Gleiche widerfuhr, obwohl auch gegen ihn nichts weiter als die Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei vorlag. Nur so weiter auf dem Wege der Wiener „Liberalen", das gleiche Ende wird nicht ausbleiben! Den Anfang davon erlebt man vielleicht schon am 8. November, wo eine Anzahl von Stadtverordneten zu wählen ist. Die Stimmung ist für den Freisinn sehr ungünstig. Was er von seinem Besitz erhalten wird, wird er lediglich seinem mit dem Dampfe des Terrorismus getriebenen Apparate zu danken haben. Aber die Organisation und die Pression wußte man in Wien mit der gleichen Geschicklichkeit und Rücksichtslosigkeit zu handhaben. Um so jäher und furchtbarer war die Katastrophe.

△ **Berlin**, 4. November. Vielleicht um dem Herrn Preiß in seiner Verletzenheit beizuspringen, giebt das Organ der „deutschen" Volkspartei in Württemberg, der Stuttgarter „Beobachter", eine von der Monatsschrift „Die Waffen nieder!" ausgegrabene Protestrede Johann Jacoby's gegen die Wiedervereinigung von Elsaß-Lothringen mit Deutschland wieder. Die Tendenz der Reproduction in diesem Erinnerungsjahre liegt klar zu Tage. Bei dem Organ der „Friedensfreunde" kann es nicht weiter Wunder nehmen, wenn es die Rechtsbeständigkeit deutschen Besitzes in Frage gestellt zu sehen wünscht. Wird ja regelmäßig auf den Friedenscongressen der Weltfriede mit der Einschränkung proclamirt, daß Deutschland vorher freiwillig oder gezwungen auf seine Machtstellung zu verzichten habe. Wenn aber ein südwestdeutsches Blatt Stimmung gegen das Festhalten der Reichslande macht, so ist das Angesichts der militairischen Bestimmung von Metz und Straßburg auffällig und vermuthlich nicht im Sinne der württembergischen Bevölkerung, auch nicht der der demokratisch wählenden, gehandelt.

* **Berlin**, 4. November. Unter der Ueberschrift „Professor Virchow in Prag" schreiben die „Alldeutschen Bl.": „Wir hatten dem Verfasser des Aufsatzes „Die tschechische Ausstellung in Prag" in Nr. 41 d. Bl. die Erklärung des Herrn Prof. Dr. Virchow in der „Freis. Ztg." zugesandt, nach der er zwar jene Ausstellung besucht, aber Niemandem in Folge dieses Besuches etwas gespendet habe, weder dem tschechischen Schulverein, noch dem deutschen. Daraufhin erhalten wir aus Prag folgende Mittheilung: Die hier erscheinende altttschechische Zeitung „Politik" vom 9. Juni 1895 enthält nachstehenden Bericht:

„Vor einigen Tagen besuchte ein Medicinae Doctor aus Berlin die Ausstellung, langte jedoch erst um 7 Uhr beim Hauptpalaste an, der bekanntlich schon um 7 Uhr Abends geschlossen wird. Man konnte ihm keinen Einlaß mehr gewähren, er aber wünschte um jeden Preis die Ausstellung noch an diesem Tage zu sehen, da er in der Nacht wieder von Prag abreisen mußte. So bat sich ihn schließlich ein Oberaufseher als Cicerone an, machte eine Ausnahme und führte den fremden Gast bei verschlossenen Thüren noch durch den ethnographischen Palast. Er sprach über das Gesehene seine Ueberraschung aus, dankte für das Entgegenkommen und fragte, ob er für die besondere Aufmerksamkeit eine Spende für irgend einen Zweck hinterlegen könne. Der Oberaufseher bemerkte, in der Nähe sei eine Casse für den böhmischen Schulverein angebracht, worauf der Fremde zur Casse ging und 2 Silbergulden hineinwarf mit dem Bemerken, er werde nicht ermangeln, zu Hause von der Schönheit der Ausstellung und der Cortanz den fremden Gästen gegenüber zu erzählen."

Dieselbe Nachricht war auch in den tschechisch geschriebenen Blättern enthalten, die dann wenige Tage später folgende Bemerkung brachten:

„Wie wir seitens der Ausstellungskanzlei erfahren, war jener Doctor aus Berlin, der noch spät Abends die Ausstellung besuchte, kein Geringerer, als der berühmte deutsche Anthropologe Professor Virchow."

Dies die Antwort unseres Berichterstatters. Wenn Herr Prof. Virchow also wirklich, wie er sagt, bei seinem Ausstellungsbesuche für den tschechischen Schulverein nichts gespendet hat, so mag er sich bei seinen tschechischen Freunden dafür bedanken, daß sie seinen Namen zu einer so — schönen Reclame benutzt haben, ohne es mit der Wahrheit allzu genau zu nehmen."

Y. **Berlin**, 5. November. (Telegramm.) Heute Vormittag arbeitete der **Kaiser** von 9 Uhr ab mit dem Chef des Militair-Cabinets und begab sich um 11½ Uhr zur Abhaltung der St. Hubertusjagd nach dem Grunewald, von wo er gegen 5 Uhr nach dem Neuen Palais zurückzukehren gedachte.

Y. **Berlin**, 5. November. (Telegramm.) Der **Kaiser** stellte den **König von Portugal** nicht à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 20, sondern ernannte ihn zum Chef desselben.

✕ **Berlin**, 5. November. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung der Conferenz wegen des **Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes** stand ein gestern zurückgestellter Punct: „Reform des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes" auf der Tagesordnung. Zu diesem Puncte war von der Reichsregierung ein selbstständiger Entwurf eingebracht worden, welcher von weitgehendster Bedeutung ist, namentlich in finanzieller Hinsicht. Die Specialberathung der ersten Bestimmungen hat begonnen.

⊙ **Berlin**, 4. November. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgem. Ztg." schreibt: „In einer Notiz des mit der **Congo-Regierung** in Beziehung stehenden „Journal de Bruxelles" wird gesagt, die deutsche Regierung unterstütze die englischen Forderungen in der Angelegenheit **Stoke's**. Das Blatt spricht sein Bedauern über diese Einmischung Deutschlands aus und zugleich die Drohung, daß die Congo-Regierung in Frankreich gegen das deutsch-englische Zusammengehen eine Stütze suchen werde. Die Mittheilung dieses Brüsseler Blattes beruht auf Entstellung der Thatsachen. Die deutsche Regierung unterstützt nicht die englischen Forderungen, sondern machte ihr eignes Interesse, welches durch den Fall Stokes entstand, geltend und wird ihre gerechten Ansprüche auch durchzusetzen wissen. Daß der Congostaat an Frankreich eine Stütze sucht, mag richtig sein, ob er dieselbe findet, ist eine andere Frage. In der Beurtheilung, welche die Ermordung Stokes' in der ganzen civilisirten und uncivilisirten Welt gefunden, stimmt die französische Presse mit den Zeitungen aller Länder überein."

— Im „Vorwärts" lesen wir folgende, von Herrn Pfarrer **Schultze** in Leipzig eingesandte Berichtigung:

„In Nr. 255 des „Vorwärts" ist unter „Leipzig, 30. October" der Denunciation des Schleifers Ernst Fröhlich in Leipzig-Plagwitz gedacht, mit der Bemerkung, daß pp. Fröhlich Mitglied des Evangelischen Arbeitervereins sei und durch die Vermittelung eines Pastors in die Fabrik von Rud. Sack eingestellt worden sei. Ich erkläre demgegenüber, daß pp. Fröhlich bereits 1893 aus dem Evangelischen Arbeiterverein ausgeschlossen worden und daß seine Anstellung bei Rud. Sack nicht durch Vermittelung eines Pastors geschehen ist."

— Herr Stöcker interpretirt „unentwegt" weiter; sein „Volk" entgegnet auf die Veröffentlichung des Facsimiles des Scheiterhaufenbriefes Nachstehendes:

„Es ist sehr bezeichnend für das Vorgehen des socialdemokratischen Blattes, daß es bisher den Brief nur unvollständig bekannt gegeben hat. Der Schluß des Briefes, der jetzt zum ersten Male bekannt wird, lautet:

„Ich möchte Sie bitten, lassen Sie die Artikel jedenfalls bis zu Ihrer Rückkehr und einer gemeinsamen Besprechung. Die Stunde kommt schon, in der wir den Aufsatz: „Es ist System dabei" vom Stapel lassen. Ich gebe Ihnen völlig recht, aber im Moment ist Schweigen — d. h. nur in diesem Puncte — Gold und Reden nicht einmal Silber. Mein Aufsatz: „Ja man hätte früher etwas thun sollen" kommt nächstens."

Daß der „Vorwärts" den Schluß bisher verschwiegen hat, läßt darauf schließen, daß er eine Abschwächung der Wirkung des übrigen Briefes davon befürchtet. In der That geht daraus hervor (!), daß Stöcker nicht die Person Bismarck's, sondern das System (!) getroffen wissen wollte. Hätte Stöcker, wie böswillige Auslieger des Briefes behaupten, damals den Kaiser gegen Bismarck persönlich einnehmen wollen, so hätte er sicher nicht das Schweigen als das beste Mittel empfohlen."

Jedes Wort der Zurückweisung dieses neuen Ableugnungsversuches ist überflüssig.

— Professor Finkelnburg veröffentlicht in der „N. A. Z." anläßlich einer Polemik eine Erklärung, in der er sagt:

„Weder die Vereine von Anhaltsärzten noch das „Aerztliche Vereinsblatt" sind berufen, sich zu Schiedsämtern in psychiatrisch-diagnostischen Streitfällen aufzuwerfen. Im Falle Feldmann ist dies unter hartnäckiger Entstellung der Thatsachen und unter wohlberechneter Verschiebung der Zeitpuncte geschehen, um welche es sich bei der Frage des Nichtvorhandenseins von Geistesstörung bei Feldmann handelte. Der Versuch, jeden einmal geisteskrank gewesenen und später in Folge raffinirter Verhetzung rückfällig gewordenen Mann ohne Weiteres für ununterbrochen geisteskrank erklären zu wollen, wird auch der gewandtesten psychiatrischen Feder und selbst mit Unterstützung des „Aerztlichen Vereinsblattes" nimmermehr gelingen.

Daß die Vorsichtung des begutachteten G. Weber „die von dem ungenannten Einsender" gerügte Berücksichtigung verdiente, ist thatsächlich durch die inzwischen erfolgte amtliche Bestätigung des am meisten angefochtenen Punctes derselben vollauf bestätigt. Die daraus bezügliche Verleumdungsklage des Landesdirectors ist zurückgezogen, dagegen die Disciplinaruntersuchung gegen den Anhaltsarzt eingeleitet. Wem anders ist diese Wahrheitsermittelung zu danken, als der Veröffentlichung der Weber'schen Erklärung, auf Grund deren erst die „erneute Untersuchung" stattfand?"

— Eine allgemeine Lohnbewegung für das kommende Frühjahr haben die Leder-Arbeiter in einer am Montag stattgehabten öffentlichen Versammlung in Aussicht genommen. In Anbetracht der jetzt sehr niedrigen Löhne und in Berücksichtigung des Umstandes, daß die Lederwaaren wegen der jetzt hohen Preislage des Leders bereits ohnehin sehr theuer sind, stellten die Arbeiter die Forderung einer 33⅓ procentigen Lohnerhöhung auf.

* **Burg** bei Magdeburg, 4. November. Anläßlich der Verleihung des **Ehrenbürgerrechts** der Stadt Burg an den **Fürsten Bismarck** ist von demselben folgendes Dankschreiben an den Magistrats-Dirigenten gerichtet worden: „Ew. Hochwohlgeboren bitte ich ergebenst, dem Magistrat und den Stadtverordneten für die wohlwollenden Worte des Schreibens vom 4. d. Mts. und für den künstlerisch so schön ausgestalteten Bürgerbrief meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich gedenke gern der Zeit, wo ich als Deichhauptmann mit der Ihle und als Landwehrofficier mit dem Bataillon Burg in amtlicher Beziehung stand. v. Bismarck."

* **Posen**, 4. November. Für die am 18. November stattfindende Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreis Deutsch-Krone-Flatow haben die Polen den Probst Kacki in Waldau als Candidaten aufgestellt. (B. T.)

T. **Weimar**, 4. November. In der letzten Sitzung des hiesigen Gemeinderaths wurde eine Frage berathen, die für viele deutsche Communalverwaltungen von ganz besonderem Interesse sein dürfte: die Aufhebung des **Ernennungsrechtes** bezüglich der **Volksschullehrer**. Die Stadt besitzt es seit dem 13. Jahrhundert; seit 18 Jahren besteht der Kampf in der Gemeindebehörde um dessen Aufhebung und zwar aus finanzieller Rücksicht. (!) Man fürchtet, daß, zumal bei der lebhaft befürworteten Gehaltsaufbesserung, ein Deficit zu decken sein wird, das nur durch Steuererhöhung aufgebracht werden könnte. Um das zu vermeiden, befürwortete der Gemeindevorstand die Aufhebung (!), ein Vorschlag, der eine dreistündige lebhafte Debatte hervorrief. Die Mehrheit faßte die Frage vom ideellen Standpuncte aus auf und wollte auf das selbstständige Berufungsrecht der Lehrkräfte seitens der Stadt um keinen Preis verzichten. Endlich wurde die Aufhebung mit 17 Stimmen gegen 11 (Weimar zählt im Ganzen 28 Stadtverordnete) abgelehnt.

* **Aus Württemberg**, 4. November. Eine Verbindung und Centralisirung der gesammten Arbeitsnachweisämter des Landes ist von der Regierung in Angriff genommen worden. In Stuttgart soll eine Centralstelle geschaffen werden, an welche die Aemter im Lande täglich Bericht über Angebot und Nachfrage zu erstatten haben. Die Berichte werden nur zusammengestellt, vervielfältigt und allen Aemtern sofort übersandt. Außerdem sollen die Aemter noch telephonisch miteinander verbunden werden. Soweit der Plan der Regierung. An die Kreisbehörden und Gemeinden ist die Aufforderung ergangen, sich gutachtlich darüber zu äußern.

* **Stuttgart**, 4. November. Wegen des Herbstverkehrs war während des Octobers die Sonntagsruhe im württembergischen Eisenbahnverkehr aufgehoben; mit dem gestrigen Sonntag ist sie in vollem Umfange wieder in Kraft.

* **Straßburg**, 4. November. Die gegen das bischöfliche Gymnasium wegen deutschfeindlicher Kundgebungen eingeleitete Untersuchung ist laut den „Hamb. Nachr." ergebnißlos verlaufen, da die in Frage stehenden Delicte juristisch nicht nachzuweisen waren.

* **Augsburg**, 4. November. Dem Verdienste seine Krone! In einer dem Reichsrathe Frhrn. Dr. v. Hertling am 28. October gewährten Audienz äußerte sich, der „Augsb. Postztg." zufolge, der Papst sehr befriedigt über den Münchener Katholikentag im Allgemeinen und insbesondere über die Behandlung, welche die „römische Frage" auf demselben gefunden.

* **München**, 4. November. Die „Münch. N. Nachr." schreiben: Entgegen einer auch uns zugegangenen Nachricht können wir bestimmt mittheilen, daß Herr v. Bollmar in den nächsten Wochen an den Berathungen der Abgeordnetenkammer sich nicht betheiligen kann, da in dem gegenwärtigen Stadium der Behandlung eine Unterbrechung auch nur auf kürzeste Zeit nicht zugelassen werden kann.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 4. November. Amtlicherseits wird entschieden bestritten, daß Ahlwardt ausgewiesen worden sei oder einen Wink erhalten habe, abzureisen. (Wir hatten die Nachricht gleich bezweifelt. D. Red.)

* **Pest**, 5. November. (Telegramm.) In der Rede, in welcher der bisherige Ackerbauminister Festetics im Abgeordnetenhause die Gründe für sein Entlassungsgesuch darlegte, erklärte derselbe auch das Gerücht, er habe an ein Consortium 100 000 Gulden gezahlt, um dasselbe zum Rücktritt von einem Vertrage zu bewegen, für unwahr.

* **Pest**, 5. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Auf die Vorstellung der Opposition, daß der Wechsel im Ackerbauministerium in unparlamentarischer Weise erfolgt sei, erklärte der frühere Ackerbauminister Graf Festetics, er sei gegangen, nachdem er sich überzeugt habe, daß gewisse von ihm getroffene Maßnahmen bei einem Theile der liberalen Mehrheit Mißbilligung erfahren hätten. Die Redner der Opposition erwiderten, dieser Beweggrund sei nicht genügend, die Minister seien nicht blos für die liberale Partei, sondern für das ganze Land da und hätten sich zuerst um dessen Vertrauen zu kümmern. Nach längerer Debatte wurde mit 58 gegen 56 Stimmen von dem Wechsel im Ackerbauministerium Kenntniß genommen.

Frankreich.

§§. Ein Reservist über das französische Heer. In der Pariser „Revue blanche" plaudert ein „réserviste aux manoeuvres d'armée" über die Verhältnisse im französischen Heere, die nach seiner Darstellung nicht eben erbaulich sind. Disciplin, Reinlichkeit, Ordnung, Achtung vor den Vorgesetzten sind rein äußerlich und keineswegs im Fleisch und Blut des Mannes übergegangen. Die Begeisterung für das Waffenhandwerk und die Kameradschaftlichkeit sind, wie der Verfasser meint, nur in Liedern und Vaudevilles zu finden; thatsächlich sind die Leute froh, wenn der Tag der Entlassung herannaht, und bemühen sich nach Möglichkeit, alle Arbeiten auf Andere abzuwälzen. Es bleiben für die Arbeiten in der Compagnie nur die Leute des letzten Jahrgangs übrig, da alle älteren Leute zu irgend einem Grade vorrücken; in der Compagnie des Schreibers verblieben von 170 Mann in Wirklichkeit nur 50 verfügbare Leute. Ein Generalstabsofficier soll die Bemerkung gemacht haben, für die militairische Ausbildung würde 1 Jahr vollkommen genügen; doch müsse man an der mehrjährigen Dienstzeit festhalten, weil man sonst genöthigt sein würde, Diener aus dem Civil zu nehmen. Dagegen hätten die vielen Ernennungen den Vorzug, humane Unterofficiere zu schaffen, wie denn auch die Höflichkeit der neueren Officiere sich sehr wohlthuend von der Bärbeißigkeit der Vorgesetzten der älteren Schule unterscheide.

Belgien.

* **Brüssel**, 3. November. Ein bedauerlicher Vorgang in Mons, der Hauptstadt des Hennegau, beweist abermals, mit welchem Erfolge die Socialisten die belgische Armee bearbeiten. Die Socialistenpartei errichtet nach und nach in allen größeren Städten und Industrieorten socialistische Volkshäuser als „Festungen des Socialismus". Diese socialistischen Sammelpuncte sind schon heute in Belgien sehr zahlreich vorhanden. Dieser Tage wurde in Mons ein Volkshaus eingeweiht; aus allen Theilen des Landes kamen zur Theilnahme an der Feier Deputationen mit ihren rothen Fahnen und Musikcorps nach Mons und zogen unter den Klängen der Marseillaise durch die Stadt. Der Soldat des in Mons stehenden Jäger-Regiments Mathieu, ein Brüsseler, begrüßte diesen Aufzug mit den Rufen: „Es lebe die sociale Revolution! Nieder mit dem Papierkönig!" Ein Polizist meldete diesen Vorgang und Mathieu ist gestern zum großen Zorne der socialistischen Presse in die Strafcompagnie eingestellt worden. Der Socialismus macht in der nur aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzten Armee schlimme Fortschritte.

Italien.

* **Rom**, 3. November. In der Verwaltung Siciliens steht nach den Meldungen halbamtlicher Blätter eine Veränderung nahe bevor. General Mirri, der mit dem Commando des zwölften Armecorps in Palermo auch die oberste Leitung des öffentlichen Sicherheitsdienstes auf der Insel als außerordentliche Befugniß vereinigt hat und den man vor einigen Wochen schon für amtsmüde erklärte, soll durch den General Brune Pelloux ersetzt werden, und damit soll die Ausnahmebefugniß des Commandanten wegfallen. Man hat sich innerhalb der Regierung wohl überzeugt, daß die Vereinigung der Polizeigewalt mit dem Militaircommando nicht vermocht hat, die Uebel der öffentlichen Sicherheit Siciliens in der Wurzel zu treffen, wie auch die im September verfügte Einrichtung von besonderen Inspectoren im öffentlichen Sicherheitsdienst keine merkliche Besserung bewirkt hat. Im Gegentheil ist das Räuberwesen, besonders in Sicilien und Sardinien, seit August dieses Jahres in stetigem Aufblühen begriffen, und kein Tag vergeht, der nicht Kunde von neuen Raubthaten und Ueberfällen brächte. Es wäre verkehrt, dem General Mirri, der ein tüchtiger und wohlmeinender Officier ist, daraus eine persönliche Schuld abzuleiten. Die tieferen Gründe der Uebelstände im Sicherheitswesen liegen auf anderen Gebieten als denjenigen, auf die sich die Wirksamkeit des Generals und Polizeibeamten erstreckt. Ohne Reformen des socialen und wirthschaftlichen Zustandes der Bevölkerung Siciliens wie Sardiniens und anderer italienischen Landestheile ist keine Besserung der öffentlichen Sicherheit zu erhoffen. Vor einigen Wochen hat man in der Presse von dem Plane gesprochen, eine allgemeine Entwaffnung der Bevölkerung auf den beiden Inseln durchzuführen. (Das Waffentragen ist bekanntlich eine althergebrachte und allgemein verbreitete, nur durch die Kosten des Erlaubnißscheins beschränkte Sitte der Süditaliener.) Genaue Kenner Siciliens haben diesen Plan dringend widerrathen, weil dadurch gerade der Uebelthäter nicht entwaffnet, unter der Gesammtheit der Bevölkerung aber lebhafte Unzufriedenheit erregt werden würde. Es ist dann nicht mehr die Rede davon gewesen. Neuerdings heißt es, es solle zur Besserung der Sicherheitsverhältnisse eine Vermehrung der Militairbesatzungen namentlich Sardiniens vorgenommen werden; viel Erfolg dürfte auch das nicht haben, wie die Zustände in Sicilien lehren, wo trotz der Verstärkung der Truppenmacht seit dem Winter 1893—94 das Räuberwesen wieder in voller Blüthe steht. Crispi hat vor vielen Jahren gesagt, Sicilien lasse sich nicht mit dem Belagerungszustand, sondern nur mit dem Herzen regieren. Vor zwei Jahren war ihm diese Anschauung in Vergessenheit gerathen; vielleicht erinnert er sich jetzt einmal wieder daran. (K. Ztg.)

* **Rom**, 5. November. (Telegramm.) Der Senat und die Deputirtenkammer sind auf den 21. ds. Mts. einberufen.

Amerika.

* **Washington**, 5. November. (Telegramm.) Den amtlichen Berichten zufolge, welche dem venezuelischen Gesandten zugegangen sind, war der Schooner „Myosotis", dessen Capitain von der Besatzung eines venezuelischen Küstenschiffes getödtet wurde, kein englisches Schiff, sondern ein venezuelischer Schmuggler; auch der getödtete Capitain sei aus Venezuela gewesen.

Innung Leipziger Buchdruckereibesitzer.

* **Leipzig**, 5. November. Der unter Vorsitz des Herrn Joh. Baensch-Drugulin am Montag Abend im Deutschen Buchhändlerhause abgehaltenen zweiten diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung lag in erster Linie der Bericht des Innungsvorstandes vor, aus welchem zu ersehen war, daß sich die Geschäfte der Innung im verflossenen Sommerhalbjahre in ruhigerer Weise als in der vorausgegangenen Zeit abgewickelt haben. Losgesprochen wurden zum 1. Juli 8 Lehrlinge (5 Setzer und 3 Drucker) und zum 1. October 25 Lehrlinge (18 Setzer und 7 Drucker). Im Ganzen sind in diesem Jahre 105 Lehrlinge (69 Setzer, 36 Drucker) losgesprochen und 92 Lehrlinge (63 Setzer, 29 Drucker) aufgenommen worden. In Zukunft wird beabsichtigt, die Annahme der Lehrlinge möglichst durch Vermittelung des Innungsbureaus erfolgen zu lassen; ebenso ist die Aufnahme einer Gehilfen- und Lehrlingsstatistik ins Auge gefaßt. In geregelter Thätigkeit bewegen sich die Innungseinrichtungen der Fachschule, des Arbeitsnachweises, sowie der Unterstützungscasse für die Gehilfen. Besonders vortheilhaft erweisen sich die eingeführte Lehrlingsaufnahmeprüfung, sowie die Neugestaltung des Lehrplanes und der im Anschluß an die Fachschule an der königl. Kunstakademie eingerichtete typographische Zeichencursus.

Aus der Unterstützungscasse für arbeitslose Gehilfen wurden in den neun Monaten dieses Jahres rund 5000 ℳ an arbeitslose, dieser Casse angehörende Gehilfen gezahlt.

Nach Entgegennahme des Jahresberichts genehmigte die Versammlung den von Herrn Rud. Brockhaus jr. erläuterten Voranschlag der Innungscassen für das Jahr 1896, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 5060 ℳ balancirt, ebenso den Voranschlag für die Buchdrucker-Lehranstalt mit einer Einnahme- und Ausgabeziffer von 12 700 ℳ.

Zu Punct 2 der Tagesordnung berichtete Herr Julius Mäser über die künftige Organisation des Handwerks auf Grund der Vorschläge des königl. preußischen Handelsministers Freiherrn von Berlepsch. An der Hand der Erfahrungen der britischen Organisation der Leipziger Buchdruckereibesitzer wies Redner nach, daß auch das Buchdruckgewerbe einer besseren Organisation, als es besitzt, bedürfe und daß eine solche allgemeine Organisation auf Grund der neueren v. Berlepsch'schen Vorschläge, deren Wesen und Geschichte, sowie deren Kritik durch die Berliner Handwerker-Conferenz er erläuterte, zu erreichen sei; deshalb empfehle er, daß die Versammlung diesen Vorschlägen zustimme, ebenso den in denselben enthaltenen Bedingungen für die Lehrlingshaltung, die für das Buchdruckgewerbe anwendbarer seien, als der von verschiedenen Handwerkervertretern geforderte Befähigungsnachweis. Im Interesse des Gewerbes müsse Alles gethan werden, um die geplante Gewerbeorganisation zur Verwirklichung zu bringen. An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte; von einer bestimmten Stellungnahme wurde jedoch abgesehen, da den Anwesenden die Angelegenheit noch nicht völlig geklärt erschien.

Zu Punct 4 der Tagesordnung hielt Herr Wilhelm Bär einen längeren, von eingehenden Studien zeugenden Vortrag über die Setzmaschinenfrage. Der Redner wies auf die außerordentliche Wichtigkeit der sich immer größerer Vollkommenheit nähernden Setzmaschine für das Buchdruckgewerbe hin, schilderte eingehend die wichtigeren Buchstabensetz- und Zeilengießmaschinen und beschäftigte sich dann eingehend mit den Fragen der Leistungsfähigkeit der Setzmaschinen, ihrer Verwendbarkeit im Zeitungs- und Werksatz und ihrer Rentabilität. Ueber letztere herrsche noch keine genügende Klarheit, da unparteiische fachmännische längere Beobachtungen fehlen, und es empfehle sich daher Vorsicht bei Anschaffung einer Setzmaschine und noch größere Vorsicht bei der Herstellung für den Maschinensatz, sowie fernere aufmerksame Verfolgung der Setzmaschinenangelegenheit durch Innungs- und Vereinsorgane. Die Versammlung zollte dem Redner Beifall und beauftragte den Innungsvorstand, im Verein mit dem Vorstande des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Setzmaschinenfrage sorgsam zu verfolgen und etwa erforderliche Maßnahmen zu treffen. Darauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Aus Bädern und Curorten.

§ In den Nordseebädern Westerland und Wenningstedt auf Sylt wurden während der diesjährigen Saison an Bädern entnommen: a. am Strande 60 673 gegen 52 729 im Vorjahre, mithin 7944 mehr; b. im Warmbadehaus 7412 gegen 5216 im Vorjahre, mithin 2196 mehr. Das Nordseebad Westerland wurde besucht von 9931 Personen, gegen 8365 im Vorjahre; das Nordseebad Wenningstedt wurde besucht von 385 Personen, gegen 259 im Vorjahre. Der gesammte Fremdenbesuch der Curzeit belief sich auf 10 316 Personen gegen 8524 im Vorjahre, mithin 1692 Personen mehr.

Verkehrswesen.

In der Türkei hat das zuletzt im Februar 1884 einheitlich geregelte Paßwesen (vergl. Nr. 83 des „Reichs-Anzeigers" vom 5. April 1884 unter „Türkei") einige Abänderungen durch eine Verordnung vom 7. Djemazi-al-Ahir 1312 (6. December v. J.) erfahren, auf der wir im Interesse der nach der Türkei reisenden Deutschen Folgendes hervorheben. Ein Paßzwang besteht in der Türkei noch wie vor, und die Pässe müssen auch jetzt noch von der türkischen diplomatischen Vertretung oder von einem türkischen Consulat in dem Lande, von wo die Reise angetreten wird, mit einem im Allgemeinen nur für eine Reise giltigen Visa versehen sein, wofür die bisherige Gebühr von 20 Piastern oder 4 ℳ beibehalten ist. Fehlt diesen Vorschriften zuwider das Visa auf dem Paß des Fremden, so muß er die doppelte Visagebühr von 40 Piaster zahlen. Ist er überhaupt ohne Paß, so muß er sich binnen 48 Stunden, während deren er polizeilich überwacht wird, einen von dem Consulat seines Heimathlandes ausgestellten Paß oder eine gleichwerthige amtliche Bescheinigung verschaffen, widrigenfalls ihm das Betreten des türkischen Gebiets untersagt wird; außerdem muß dann die doppelte Visagebühr gezahlt werden. Der Paß muß bei der Ankunft der zuständigen Behörde vorgelegt werden. Die bisher für alle Fremden bestehende Pflicht, sich binnen 6 Monaten nach der Ankunft eine Aufenthaltskarte zu lösen, ist dagegen in Wegfall gekommen.

Vermischtes.

V. **Erfurt**, 4. November. Die Absicht der hiesigen Socialdemokraten, einen Streik der Confectionsschneider und Näherinnen zur Abschaffung der Heimarbeit zu organisiren, hat zur Zeit herzlich wenig Aussicht auf Verwirklichung. Die betreffenden Arbeiterkreise haben besonders Angesichts der durch den jüngsten total verunglückten Feierabendstreik ruinirten Existenzen keinerlei Sehnsucht nach den socialdemokratischen Segnungen, und so werden sich die in voller Arbeit befindlichen Agitatoren wohl umsonst bemühen, umsomehr, als die hiesigen Meister bereits Vorkehrungen getroffen haben, einem eventuellen Streik mit Erfolg zu begegnen.

— **Ein Denkstein für Robert Blum.** Im Februar d. J. wurde auf einer Wiese bei dem Dorfe Petterweil, im Homburgischen, bedeckt vom Rasen, ein obeliskartiger Granitstein gefunden, der die Inschrift trägt: „Hier sprach zum Volk Robert Blum, Mitglied der Nationalversammlung, am 8. Juni 1848. Geboren zu Köln am 10. November 1807; standrechtlich erschossen zu Wien am 8. November 1848 (der richtige Tag des Todes ist der 9. November). — Ich sterbe für die Freiheit, für die ich geklärpft; möge mein Volk meiner eingedenk sein!" Das hessische Kreisamt zu Friedberg hat die Genehmigung ertheilt, den Gedenkstein in Anbetracht seines historischen Werthes auf Gemeindegelände wieder zu errichten. Dieser feierliche Act sollte nun zu Petterweil am Dienstag, den 5. November, mit großem Pomp, Festzug ꝛc. in Scene gesetzt werden. Es ist auch bereits eine namhafte Summe gezeichnet, um dem Gedenkstein mit einem eisernen Schutzgitter zu umgeben.

— **München**, 5. November. (Telegramm.) Wie sich nach den letzten Ermittelungen herausgestellt hat, sind bei dem Gerüsteinsturz an dem Kuppelbau der neuen Pracht-Passage an der Schwanthalerstraße zwei Arbeiter getödtet, fünf schwer und eine Arbeiterin leicht verletzt. Es ist festgestellt worden, daß nur eine vorschriftswidrige Ueberlastung des Gerüstes das Unglück herbeiführte. Der Prinzregent ließ sich sofort von dem Minister des Innern Frhrn. v. Feilitzsch über den Thatbestand und die Ursache des Unglücks, sowie über das Schicksal der Verunglückten persönlich eingehend berichten.

Literatur.

Akademische Turnzeitung. Zeitschrift des Verbandes farbentragender akademischer Turnvereine auf deutschen Hochschulen (V.-C.). Zu beziehen durch die Verlagshandlung von Max Hoffmann in Leipzig-Reudnitz. 12. Jahrgang. In Fachkreisen hat sich die „Akademische Turnzeitung" schon längst ihren ehrenvollen Ruf gesichert und bedarf sie deshalb keiner Empfehlung. Auch das vorliegende neueste Heft zeichnet sich durch gediegenen und sachlich reichen Inhalt aus. Wir nennen daraus „Grundsätze der internationalen Entwickelung" im Hinblick auf den Satz „Folgt aus dem Nationalismus für die außerinternationale Entwickelung der Völker nur die einfache Forderung, daß ihnen verhattet sei, nach besten Können nach außen sich zu entfalten, so sind die für das internationale Gebiet geltenden Grundsätze bedeutend schwerer zu finden." Daran schließt sich eine Zurückweisung der Angriffe auf unser deutsches Gerichtturnen. Bemerkenswerth sind auch zwei Artikel, welche sich pro und contra einer Namensveränderung der akademischen Turnvereine gegenüber stehen. Außerdem Vereinsthätigkeit, Gesellschaftliches und Allgemeines. —o.

SLUB
Wir führen Wissen.